

S A T Z U N G

über die Abfallentsorgung

in der Stadt Delbrück vom 15.12.2022

Aufgrund

- des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in der jeweils geltenden Fassung,
- der §§ 1, 2, 3, 4, 5 und 9 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LKrWG NRW) vom 21. Juni 1988 (GV.NRW. S. 250), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Februar 2022 (GV. NRW. S. 136), in der jeweils geltenden Fassung,
- des § 7 der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700), in der jeweils geltenden Fassung,
- der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533), in der jeweils geltenden Fassung,
- des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG) vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436), in der jeweils geltenden Fassung,
- des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Batterien und Akkumulatoren (Batteriegelgesetz - BattG) vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 2020 (BGBl. I S. 2280), in der jeweils geltenden Fassung,
- des § 89 Abs. 1 Nr. 5 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung – BauO NRW) vom 21. Juli 2018 (GV NRW S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in der jeweils geltenden Fassung und
- des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Art. 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436), in der jeweils geltenden Fassung

hat der Rat der Stadt Delbrück in der Sitzung am 15.12.2022 folgende Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Delbrück beschlossen:

§ 1

Zielsetzung und Aufgabe

(1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Stadtgebiet nach Maßgabe der §§ 17 Abs. 1 KrWG und 5 LKrWG NRW und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung. Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.

(2) Die Stadt erfüllt insbesondere folgende abfallwirtschaftliche Aufgaben, die ihr gesetzlich zugewiesen sind:

- a. Einsammeln und Befördern von Abfällen, die im Gemeindegebiet anfallen.
- b. Information und Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen. Die Stadt wird dabei von dem Paderborner Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb Kreis Paderborn (A.V.E. Eigenbetrieb) unterstützt.
- c. Aufstellung, Unterhaltung und Entleerung von Straßenpapierkörben, soweit dies nach den örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist.
- d. Einsammlung von verbotswidrigen Abfallablagerungen von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Stadtgebiet.

(3) Die Stadt führt die getrennt erfassten Stoffe einer Verwertung zu, soweit ihr diese Aufgaben vom Kreis Paderborn übertragen worden sind.

(4) Die Stadt kann sich zur Durchführung der Aufgaben nach den Absätzen 1 – 3 Dritter bedienen.

(5) Die Stadt wirkt darauf hin, dass bei Veranstaltungen, die auf Grundstücken oder in öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde durchgeführt werden, die Maßgaben des § 2 LKrWG NRW beachtet und insbesondere vorrangig Gebrauchsgüter verwendet werden, die sich durch Wiederverwendbarkeit, Langlebigkeit oder Verwertbarkeit auszeichnen.

§ 2

Vermeidung von Abfällen

Wer die städtische Abfallentsorgung in Anspruch nimmt, muss die Menge der Abfälle so geringhalten, wie es den Umständen nach möglich und zumutbar ist. Wertstoffe müssen nach Maßgabe dieser Satzung getrennt gehalten werden.

§ 3

Umfang der Abfallentsorgungsleistungen der Stadt Delbrück

(1) Die Entsorgung von Abfällen durch die Stadt umfasst das Einsammeln und Befördern der Abfälle zu den Abfallentsorgungsanlagen oder Müllumschlagstationen des Kreises Paderborn, wo sie sortiert, verwertet oder umweltverträglich beseitigt werden. Wiederverwertbare Abfälle werden getrennt eingesammelt und befördert, damit sie einer Verwertung zugeführt werden können.

(2) Im Einzelnen erbringt die Stadt gegenüber den Benutzern der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung folgende Abfallentsorgungsleistungen:

- a. Einsammeln und Befördern von Restmüll
- b. Einsammeln und Befördern von Bioabfällen. Unter Bioabfällen sind hierbei alle im Abfall enthaltenen biologisch abbaubaren Abfallanteile zu verstehen.
- c. Einsammeln und Befördern von Altpapier, soweit es sich nicht um Einweg-Verpackungen aus Pappe/Papier/Karton handelt.

- d. Einsammlung und Beförderung von Metallen, Kunststoffen und Verbundstoffen, soweit es sich nicht um Kunststoff-, Metall- und Verbundverpackungen handelt.
- e. Einsammlung und Beförderung von sperrigen Abfällen/Sperrmüll.
- f. Einsammeln und Befördern von Elektro- und Elektronik-Altgeräten nach dem ElektroG
- g. Einsammeln und Befördern von schadstoffhaltigen Abfällen in stationären Sammelstellen und/oder mit Schadstoffmobilen.
- h. Aufstellen, Unterhalten und Entleeren von Straßenpapierkörben

Das Einsammeln und Befördern der Abfälle erfolgt durch eine grundstücksbezogene Abfallentsorgung mit Abfallgefäßen (Restmüll-, Bio- und Papiergefäß sowie Wertstofftonne für Metalle, Kunststoffe und Verbundstoffe), durch grundstücksbezogene Sammlungen im Holsystem (Entsorgung von Sperrmüll, Elektrogroßgeräte) sowie durch eine getrennte Einsammlung von Abfällen außerhalb der regelmäßigen grundstücksbezogenen Abfallentsorgung (Schadstoffmobil, Annahmestellen für Elektrokleingeräte). Die näheren Einzelheiten sind in den §§ 10 - 17 dieser Satzung geregelt.

(3) Das Einsammeln und Befördern von gebrauchten Einweg-Verkaufsverpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton, Kunststoffen, Metallen und Verbundstoffen erfolgt im Rahmen des privatwirtschaftlich geführten Dualen Systems nach den Anforderungen des Verpackungsgesetzes (VerpackG).

(4) Das Einsammeln und Befördern von stoffgleichen Nichtverpackungen aus Kunststoffen, Metallen und Verbundstoffen erfolgt im Rahmen des kreisweit eingerichteten Zweckverbandes Wertstofffassung und Verwertung Paderborner Land (WPL-Zweckverband) nach den Anforderungen des KrWG.

(5) Die Stadt kann die Sammlung und Entsorgung von Alttextilien und Altschuhen über ein „öffentliches Sammelsystem“ organisieren.

§ 4

Ausgeschlossene Abfälle

(1) Vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt sind ausgeschlossen:

- a. Abfälle, die der Kreis von seiner Entsorgung ausgeschlossen hat.
- b. Abfälle, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmevorrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen die Stadt nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt.
- c. Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Industrie- und Gewerbebetrieben, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist.

(2) Die Stadt kann den Ausschluss von der Entsorgung mit Zustimmung der zuständigen Behörde widerrufen, wenn die Voraussetzungen für den Ausschluss nicht mehr vorliegen.

(3) Die Stadt kann die Besitzer solcher Abfälle verpflichten, die Abfälle bis zur Entscheidung über die Erteilung der Zustimmung auf ihrem Grundstück so getrennt zu halten und aufzubewahren, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.

§ 5

Anschluss- und Benutzungsrecht

(1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstückes ist im Rahmen dieser Satzung berechtigt, von der Stadt den Anschluss seines Grundstückes an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung zu verlangen (Anschlussrecht).

(2) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt haben im Rahmen dieser Satzung das Recht, die auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungsrecht).

(3) Wenn der Anschluss eines Grundstückes wegen seiner besonderen Lage oder aus anderen technisch oder betrieblich bedingten Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen oder besondere Aufwendungen erfordert, besteht eine erhöhte Mitwirkungspflicht des Abfallbesitzers/-erzeugers, in dem dieser seine Abfallgefäße etc. an einen vorher bestimmten Stellplatz zu transportieren hat. Ist dies nicht zumutbar, besteht der Anspruch nach den Absätzen 1 und 2 nur, wenn der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die der Stadt durch den Anschluss oder die besonderen Maßnahmen entstehenden Mehraufwendungen und Mehrkosten zu ersetzen und auf Verlangen dafür Sicherheit zu leisten. Ein Anspruch auf Herstellung einer neuen Zufahrt oder Änderung einer bestehenden Zufahrt besteht jedoch nicht.

§ 6

Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstückes ist verpflichtet, sein Grundstück an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Eigentümer eines Grundstückes als Anschlusspflichtiger und jeder andere Abfallbesitzer (z.B. Mieter, Pächter) auf einem an die kommunale Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ist verpflichtet, im Rahmen dieser Satzung die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Verwertung und Beseitigung aus privaten Haushaltungen der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungszwang). Abfälle aus privaten Haushaltungen sind nach § 17 Abs. 1 KrWG Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.

(2) Eigentümer von Grundstücken oder Abfallerzeuger/Abfallbesitzer auf Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. gewerblich/industriell genutzt werden, haben gleichermaßen die Verpflichtungen nach Abs. 1, soweit auf diesen Grundstücken Abfälle zur Beseitigung anfallen. Sie haben nach § 7 der Gewerbeabfall-Verordnung für gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Nr. 1 GewAbfV eine Pflicht-Restmülltonne zu benutzen. Die Zuteilung des Gefäßvolumens für die Pflicht-Restmülltonne erfolgt auf der Grundlage der Maßgaben in § 11 Abs. 2 dieser Satzung. Gewerbliche Siedlungsabfälle sind nach § 2 Nr. 1

GewAbfV Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, insbesondere gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind sowie Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen.

(3) Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht auch für Grundstücke, die anderweitig z.B. gewerblich/industriell und gleichzeitig von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (sog. gemischt genutzte Grundstücke). Die Nutzung einer gemeinsamen Restmülltonne durch die privaten Haushaltungen und die Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen ist auf Antrag möglich.

(4) Der Anschluss- und Benutzungszwang erstreckt sich auch auf die in § 13 aufgeführten biologisch abbaubaren organischen Abfallanteile (Bioabfälle). Bioabfälle sind hiernach sprachlich vereinfacht ausgedrückt, alle im Abfall enthaltenen biologisch abbaubaren organischen Abfallanteile. Hierzu gehören insbesondere pflanzliche und / oder tierische Küchenabfälle. Diese Abfälle sind von den übrigen Abfällen getrennt zu halten und in die von der Stadt bereitgestellte grüne Tonne (Biotonne) einzusammeln.

Garten- und Grünabfälle, die über das Volumen der grünen Tonne hinausgehen, sind der Grünkompostierung im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ (Paderborn-Elsen) zuzuführen. Die Stadt stellt zu diesem Zweck eine oder mehrere Annahmestellen bereit. Lage, Öffnungszeiten und Benutzungsbedingungen gibt die Stadt bekannt. Die Eigenkompostierung bleibt hiervon unberührt.

(5) Metalle, Kunststoffe und Verbundstoffe aus Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen sind über die Wertstofftonne zu entsorgen. Die Einzelheiten werden in geeigneter Weise bekannt gemacht (z.B. durch öffentliche Bekanntmachung, Einzelbekanntgabe oder den jährlichen Abfallkalender).

(6) Garten-, Park- und kompostierbare Friedhofsabfälle aus kommunalen und gewerblichen Anfallstellen sind von übrigen Abfällen getrennt zu erfassen und der Grünkompostierung im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ (Paderborn-Elsen) zuzuführen. Die Eigenkompostierung bleibt hiervon unberührt.

(7) Zur Erfüllung der Anforderungen des KrWG und des LKrWG NRW sind „Abfälle zur Verwertung“ bereits an der Anfallstelle vom Abfallbesitzer oder -erzeuger von „Abfällen zur Beseitigung“ getrennt zu halten.

§ 7

Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

Ein Anschluss- und Benutzungszwang nach § 6 besteht nicht,

- a. soweit Abfälle gemäß § 4 Abs. 1 dieser Satzung von der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung ausgeschlossen sind;
- b. soweit Dritten oder privaten Entsorgungsverbänden Pflichten zur Verwertung oder Beseitigung von Abfällen übertragen worden sind;
- c. soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG unterliegen und die Stadt an deren Rücknahme nicht mitwirkt;

- d. soweit Abfälle, die nicht besonders überwachungsbedürftig sind, durch gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden;
- e. soweit Abfälle, die nicht besonders überwachungsbedürftig sind, durch gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden, soweit dies der Stadt oder dem Kreis Paderborn nachgewiesen worden ist und nicht überwiegend öffentliche Interessen bestehen.

§ 8

Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung

(1) Kein Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung besteht bei Grundstücken, die von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden, soweit der/die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtige schlüssig und nachvollziehbar nachweist, dass er/sie nicht nur willens, sondern auch fachlich und technisch in der Lage ist, alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Stoffe ordnungsgemäß und schadlos im Sinne des § 7 Abs. 3 KrWG auf diesem Grundstück selbst so zu behandeln, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere durch Gerüche oder Siedlungsungeziefer (z. B. Ratten), nicht entsteht (Eigenverwertung). Die Stadt stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob und inwieweit eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 KrWG besteht. Die Feststellung kann widerrufen werden, soweit die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang nicht mehr vorliegen.

(2) Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang besteht bei Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. industriell/gewerblich oder gewerblich genutzt werden, wenn der Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nachweist, dass er/sie die bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung in eigenen Anlagen beseitigt (Eigenbeseitigung) und kein überwiegend öffentliches Interesse eine Überlassung der Abfälle zur Beseitigung erfordern. Die Stadt stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 KrWG besteht. Die Feststellung kann widerrufen werden, soweit die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang nicht mehr vorliegen.

(3) Die Befreiungen können befristet oder auf Widerruf erteilt sowie mit Bedingungen und Auflagen versehen werden. Bis zur Entscheidung über die Befreiung gilt der Anschluss- und Benutzungszwang.

(4) Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die Papiertonne ist in Ausnahmefällen möglich. Die Stadt stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob und inwieweit eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang besteht. Die Feststellung kann widerrufen werden, soweit die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang nicht mehr vorliegen. Eine Befreiung führt im Rahmen der in den Entsorgungspaketen zusammengefassten Leistungen nicht zu einer Gebührenermäßigung.

(5) Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die Wertstofftonne ist in begründeten Ausnahmefällen möglich. Die Stadt stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob und inwieweit eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß KrWG und VerpackG besteht. Die Feststellung kann widerrufen werden, soweit die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Anschluss- und

Benutzungszwang nicht mehr vorliegen. Eine Befreiung führt im Rahmen der in den Entsorgungspaketen zusammengefassten Leistungen nicht zu einer Gebührenermäßigung.

§ 9

Selbstbeförderung zu Abfallentsorgungsanlagen

Erzeuger/Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch die Stadt gemäß § 4 dieser Satzung ausgeschlossen ist, sind verpflichtet, ihre Abfälle zum Zwecke des Verwertens, Behandeln, Lagerns oder Ablagerns entsprechend der jeweils gültigen Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Paderborn zu der vom Kreis angegebenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

Soweit der Kreis das Behandeln, Lagern oder Ablagern dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind die Abfälle zum Zwecke des Behandeln, Lagerns oder Ablagerns zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

§ 10

Erfassung durch Hol- und Bringsysteme

(1) Die Stadt bestimmt nach Maßgabe gesetzlicher bzw. abfallrechtlicher Vorschriften Art, Anzahl und Zweck der Abfallbehälter, deren Standplatz, ob und wie die Abfälle voneinander getrennt zu halten sind sowie die Häufigkeit und den Zeitpunkt der Abfuhr.

(2) Für das Einsammeln von Abfällen sind folgende Abfallbehälter zugelassen:

Altpapier/Pappe/Karton: Blaue Altpapiertonne

Organische Küchen- und Gartenabfälle: Grüne Biotonne

Kunststoffe, Metalle und Verbundstoffe: Gelbe Wertstofftonne, Großraumbehälter

Restmüll: Graue Restmülltonne

Sperrmüll: Annahme im Holsystem

Grüngut (u.a. Baum-, Strauch- u. Rasenschnitt): stationäre Annahmestelle

Altglasverpackungen: Glas-Depotcontainer für Weiß-, Grün- und Braunglas bzw. Weiß- und Buntglas

Elektroaltgeräte: Großgeräte: Abgabe im Holsystem
Kleingeräte: Abgabe in stationären Annahmestellen

(3) Für vorübergehend mehr anfallenden Restmüll, der sich zum Einsammeln in Abfallsäcken eignet, können von der Stadt zugelassene Abfallsäcke benutzt werden. Sie werden von der Stadt bzw. dem von ihr beauftragten Dritten auf privatrechtlicher Grundlage mit eingesammelt, soweit sie am Abholtag am Standplatz der Abfallbehälter bereitgestellt werden. Die Abfallsäcke werden über Einzelhandelsgeschäfte vertrieben. Die Stadt gibt bekannt, welche Einzelhandelsgeschäfte zugelassene Restmüllsäcke verkaufen. Mit dem Kaufpreis sind die Kosten der Abfuhr abgegolten.

§ 11

Anzahl und Größe der Abfallbehälter

(1) Für das Einsammeln und Befördern von Abfällen mittels Abfallbehälter und Abfallsäcken sind folgende Müllgroßbehälter (MGB) zugelassen:

Restmüll (Graue Tonne): MGB von 80, 120, 240 DIN-Litern sowie Abfallsäcke für Restmüll bei vorübergehendem Mehrbedarf

Altpapier (Blaue Tonne): MGB von 240 DIN-Litern

Bioabfall (Grüne Tonne): MGB von 80, 120 und 240 DIN-Litern

Wertstofftonne (gelb): MGB von 240 und 1.100 DIN-Litern

Glasverpackungen: Glasdepotcontainer für Weiß-, Grün- und Braunglas bzw. Weiß- und Buntglas

(2) Für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene Grundstück sind Abfallbehälter in der zur Abfuhr des anfallenden Restmülls erforderlichen Anzahl und Größe einzusetzen; mindestens muss ein 80-l-Müllgroßbehälter (MGB grau) benutzt werden.

(3) Zur Altpapierentsorgung muss für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene Grundstück mindestens ein 240-l-Müllgroßbehälter (MGB blau) benutzt werden.

(4) Zur Entsorgung der organischen Abfälle muss für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene Grundstück mindestens ein 80-l-Müllgroßbehälter (MGB grün) benutzt werden.

(5) Für die Entsorgung von Metallen, Kunststoffen und Verbundstoffen wird für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene Grundstück für bis zu sechs bei dem Grundstück gemeldete Personen (bzw. für weitere Personen analog) ein 240-l-Müllgroßbehälter (MGB gelb) bereitgestellt, das entsprechend benutzt werden muss. Maßgeblicher Stichtag für die Personenzahl ist der Stand bei der Anmeldung. Bei einem höheren Aufkommen an Metallen, Kunststoffen und Verbundstoffen können zusätzliche Müllgroßbehälter mit 240 DIN-Litern bereitgestellt werden. Hierfür werden gesonderte Gebühren festgesetzt.

In begründeten Ausnahmefällen kann von der Regelung nach Satz 1 abgewichen und ein Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l zur Verfügung gestellt werden. Hierfür werden gesonderte Gebühren festgesetzt.

Für Grundstücke, die nach § 7 aufgrund einer Beauftragung Dritter (private Entsorgungsunternehmen) vom Anschluss- und Benutzungszwang für die Entsorgung von Restmüll, Altpapier und Biomüll befreit sind, können unabhängig von dieser Befreiung Müllgroßbehälter mit 240 oder 1.100 DIN-Litern für die Entsorgung von Metallen, Kunststoffen und Verbundstoffen bereitgestellt werden. Hierfür werden gesonderte Gebühren berechnet.

(6) Wird festgestellt, dass die vorhandenen Abfallbehälter für die Aufnahme des regelmäßig anfallenden Abfalls nicht ausreichen und sind zusätzliche Abfallbehälter nicht beantragt worden, so haben die Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nach schriftlicher Aufforderung durch die Stadt die erforderlichen Abfallbehälter aufzustellen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so haben sie die Aufstellung der Abfallbehälter durch die Stadt zu dulden.

(7) Für die Altpapierentsorgung werden pro angeschlossenen Grundstück maximal so viele blaue Müllgroßbehälter durch die Stadt zur Verfügung gestellt, wie graue Müllgroßbehälter vorhanden sind. Für ein darüberhinausgehendes Altpapieraufkommen können zusätzliche

Müllgroßbehälter mit 240 DIN-Litern bereitgestellt werden. Hierfür werden gesonderte Gebühren festgesetzt.

Für Grundstücke, die nach § 7 aufgrund einer Beauftragung Dritter (private Entsorgungsunternehmen) vom Anschluss- und Benutzungszwang für die Entsorgung von Restmüll, Biomüll und von Metallen, Kunststoffen und Verbundstoffen befreit sind, können unabhängig von dieser Befreiung Müllgroßbehälter mit 240 DIN-Litern für die Altpapierentsorgung bereitgestellt werden. Hierfür werden gesonderte Gebühren berechnet.

(8) Für die Entsorgung der organischen Abfälle werden pro angeschlossenem Grundstück von der Stadt grüne Müllgroßbehälter in der Größe von 80, 120 oder 240 DIN-Litern zur Verfügung gestellt. Übersteigt das Gesamtvolumen der grünen Tonnen das Gesamtvolumen an grauen Tonnen eines Grundstückes, werden dafür gesonderte Gebührenaufschläge festgesetzt.

Für Grundstücke, die nach § 7 aufgrund einer Beauftragung Dritter (private Entsorgungsunternehmen) vom Anschluss- und Benutzungszwang für die Entsorgung von Restmüll, Altpapier und von Metallen, Kunststoffen und Verbundstoffen befreit sind, können unabhängig von dieser Befreiung Müllgroßbehälter mit 80, 120 und 240 DIN-Litern für organische Abfälle bereitgestellt werden. Hierfür werden gesonderte Gebührenaufschläge berechnet.

(9) Abweichend von den Absätzen 2 bis 5 können die Eigentümer zweier benachbarter Einfamilienhausgrundstücke mit Zustimmung der Stadt eine Entsorgungsgemeinschaft bilden und die Müllgroßbehälter (Grundausstattung je ein MGB grau, blau, grün, gelb) zusammen nutzen, wenn dieses insbesondere nach den Bedienungsvorschriften und dem tatsächlichen Abfallverhalten als zulässig und im Einzelfall als praktikabel zu bewerten ist. Darüber hinaus kann bei Festsetzung einer gesonderten Gebühr im Einzelfall ein zusätzlicher Müllgroßbehälter für organische Abfälle (MGB grün) und für die Altpapierentsorgung (MGB blau) bereitgestellt werden.

Für Metalle, Kunststoffe und Verbundstoffe kann bei Festsetzung einer gesonderten Gebühr im Einzelfall ein zusätzlicher Müllgroßbehälter (MGB gelb) nur mit 240 DIN-Litern bereitgestellt werden.

Dem Antrag auf Zustimmung zur Entsorgungsgemeinschaft sind beizufügen:

- a. eine schriftliche Absichtserklärung der beteiligten Anschlusspflichtigen mit einer Anschriftenliste,
- b. eine schriftliche Verpflichtungserklärung eines der beteiligten Anschlusspflichtigen, die Einhaltung der Bestimmungen dieser Satzung für die Entsorgungsgemeinschaft zu gewährleisten und als Gesamtschuldner für die auf die Entsorgungsgemeinschaft entfallenden Gebühren zu haften,
- c. eine Verpflichtungserklärung eines der beteiligten Anschlusspflichtigen, die Zahlung der Gesamtgebühren der Entsorgungsgemeinschaft zu übernehmen.

§ 12

Benutzung der Abfallbehälter

(1) Die Abfallbehälter gemäß § 12 werden von der Stadt gestellt und unterhalten. Sie bleiben im Eigentum des von der Stadt beauftragten Entsorgungsunternehmens.

(2) Die Abfälle müssen in die von der Stadt gestellten Abfallbehälter oder die dafür zur Verfügung gestellten Depotcontainer entsprechend deren Zweckbestimmung gemäß der

§§ 13 und 14 eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter oder Depotcontainer gelegt werden.

(3) Der Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können. Die Verteilung der Papier-, Rest-, Bio- und Wertstoffabfallbehälter an die Benutzer (Mieter) obliegt den Grundstückseigentümern.

(4) Die Abfallbehälter sind schonend zu behandeln, sie dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sich der Deckel schließen lässt. Abfälle dürfen nicht neben die Abfallbehälter geworfen oder daneben gestellt werden. Abfälle dürfen nicht in den Abfallbehälter eingestampft oder in ihnen in einer Art und Weise verdichtet werden, so dass eine Entleerung durch das Sammelfahrzeug nicht mehr möglich ist, weil der Inhalt nicht mehr geschüttet werden kann und hierdurch die Entleerung ausgeschlossen wird. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in Abfallbehälter zu füllen oder Abfälle im Abfallbehälter zu verbrennen.

(5) Behälter, die überfüllt oder wesentlich zu schwer sind, werden nicht entleert.

(6) Sperrige Gegenstände, Schnee und Eis sowie Abfälle, welche die Abfallbehälter oder das Sammelfahrzeug beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht in die Abfallbehälter gefüllt werden.

(7) Die Haftung für Schäden, die vor allem durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen sowie aus einem nicht ordnungsgemäßen und überwachten Abstellen der Sammelsysteme im Grundstücks- oder Straßenbereich entstehen, richtet sich nach dem Haftpflichtrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der besondere Pflichtenkreis mit entsprechender Überwachungs- und Haftungsverpflichtung trifft in erster Linie den Grundstückseigentümer. Dies gilt auch für den Verlust eines Abfallbehälters.

(8) Die Stadt gibt die Termine für die kommunalen Abfallsammlungen sowie die Standorte der Annahmestellen / der Depotcontainer (Sammelcontainer) rechtzeitig bekannt (z.B. über den kommunalen Abfallkalender).

(9) Bei Frostwetter haben die Anschlusspflichtigen dafür zu sorgen, dass die zur Abfuhr bereitgestellten Abfälle nicht an den Wandungen des Abfallbehälters festgefroren sind, andernfalls besteht kein Anspruch auf Leerung.

(10) Verunreinigungen, die in Folge der im Straßenbereich aufgestellten Abfallbehälter bzw. Abfallsäcke auf oder an der Straße (inkl. Bürgersteig und Radweg) entstehen, sind umgehend von dem Anschlusspflichtigen zu beseitigen, und zwar auch dann, wenn eine missbräuchliche Behandlung durch Dritte Ursache der Verschmutzung ist. Ein Regressanspruch bleibt unberührt.

(11) Zur Vermeidung von Lärmbelästigung dürfen Depotcontainer für Glas nur werktags in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr benutzt werden.

§ 13

Bioabfall - Einsammlung und Getrennthaltungspflicht

(1) Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind biologisch abbaubare pflanzliche oder tierische Abfälle, also

1. Nahrungs- und Küchenabfälle aus privaten Haushaltungen,

2. Gartenabfälle aus Haus- und Vorgärten,
3. Abfälle aus sonstigen Herkunftsbereichen, die denen in den Nummern 1 und 2 genannten Abfällen nach Art, Menge, Beschaffenheit oder stofflichen Eigenschaften vergleichbar sind.

(2) Die Stadt stellt zur Sammlung von Bioabfällen nach dieser Satzung Biotonnen auf den Grundstücken auf. Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die auf seinem Grundstück anfallenden Bioabfälle gemäß Absatz 3 und 4 getrennt gehalten in die Biotonne eingegeben werden.

(3) In die Biotonne dürfen nur biologisch abbaubare Abfälle eingeworfen werden. Dazu gehören insbesondere: Obst- und Gemüsereste, Eierschalen, Kaffeesatz mit Papierfiltertüten, Teebeutel, Speisereste (Knochen-, Fleisch- und Käsereste), Schnittblumen, Wildkräuter, Rasen-, Hecken- und Strauchschnitt, Laub, Balkon- und Zimmerpflanzen (ohne Topf). Eine detaillierte Auflistung verschiedener biogener Abfälle ist in Anlage 2 dieser Satzung aufgeführt.

Zur Erfassung von Küchenabfall und sonstigen Bioabfällen verwandte Papiertüten, die im Handel erhältlich sind, gelten ebenfalls als Bioabfall. Feuchte Bioabfälle können in saugfähiges Altpapier (Zeitungspapier) eingewickelt werden, um Anhaftungen bzw. Anfrieren im Behälter zu vermeiden.

(4) Zur ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung von Bioabfällen, der Sicherung der Kompostqualität sowie aus hygienischen bzw. kompostierungstechnischen Gründen sind jegliche Fremdstoffe (z.B. Kunststoff, Glas, Metalldosen, Windeln, verpackte Lebensmittel, Tierkadaver, Hygieneartikel, tierische Kotreste, Kleidungsstücke) für die Biotonne nicht zugelassen. Dies gilt auch für Kunststoffprodukte, die als kompostierbar oder biologisch abbaubar deklariert sind (z.B. Bioabfallsammelbeutel aus biologisch abbaubaren Werkstoffen, Kaffeepads, Einweggeschirr, die aus überwiegend nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden).

(5) Die Stadt ist für die ordnungsgemäße Befüllung der kommunal aufgestellten Biotonnen verantwortlich. Sie hat durch geeignete wiederkehrende Überprüfungen das Recht, Bioabfallkontrollen am Abfuhrtag durchzuführen bzw. geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der Getrenntsammlung zu treffen. Der Anschlusspflichtige hat diese Biotonnen-Kontrollmaßnahmen zu dulden.

(6) Weist die Biotonne am Abfuhrtag einen zu hohen Fremdstoffanteil auf, wird der Behälter nicht geleert. Der Anschlusspflichtige wird darüber in Form einer am Behälter befestigten Karte informiert. Wird der Behälter nicht entleert oder abgefahren, hat der Anschlusspflichtige den Bioabfall nachzusortieren und zur nächsten regelmäßigen Leerungstour ordnungsgemäß bereitzustellen. Der Anschlusspflichtige kann eine Einzel-Nachentleerung nicht geleerter oder nicht abgefahrener Behälter bei der Stadt beantragen. Dieses erfolgt bei Nachsortierung als Bioabfall. Für den Fall, dass eine Nachsortierung nicht erfolgt, als Restmüll. Für eine Einzel-Nachentleerung ist eine Gebühr gemäß Abfallgebührensatzung zu zahlen.

§ 14

Pflichten der Abfallbesitzer zum Getrennthalten und Überlassen weiterer wiederverwertbarer Abfälle

(1) Weitere Abfälle, die einer Verwertung zugeführt werden können, sind vom Anschlusspflichtigen nach Maßgabe folgender Trennregelungspflichten zu sammeln:

- Altpapier (Blaue Tonne)

Ausschließlich unverschmutztes, wiederverwertbares Altpapier, insbesondere Zeitungen, Zeitschriften Kartons und Verpackungspapier, ist nach Gebrauch vom Abfallbesitzer der blauen Altpapiertonne zuzuführen. Die Blaue Tonne ist am Tage der Abfuhr bereitzustellen.

Von der Blauen Tonne ausgeschlossen sind verschmutzte Papiere (z.B. Papierservietten und -taschentücher), Verbundstoffe von Papier mit Kunststoff oder Alufolie (z.B. Milch- oder Getränkekartons) und Spezialpapiere (z.B. Fotos, Ansichtskarten, Wachs- und Ölpapier).

- Wertstofftonne (Leichtverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen)

Über die Wertstofftonne werden gemäß VerpackG Abfälle aus Leichtverpackungen, bestehend aus Metallen, Kunststoffen und Verbunden, wie z. B. Konserven- und Getränkedosen, Kunststofffolien, Milchtüten oder Joghurtbecher, sowie stoffgleiche Nichtverpackungen, bestehend aus Metallen, Kunststoffen und Verbunden, wie z.B. Töpfe, Pfannen, Eimer, Schüsseln, Spielzeug, Essbestecke oder Nägel/Schrauben, gemäß den Anforderungen des KrWG erfasst und verwertet.

Von der Wertstofftonne ausgeschlossen sind u.a. Elektrogeräte, Batterien, Glas, Porzellan, Hygieneartikel, Holz oder Gummireste.

- Altglasverpackungen

Über die im Stadtgebiet aufgestellten Glascontainer sind ausschließlich restentleerte Glas-Einwegflaschen (ohne Pfand), Konserven- oder Marmeladengläser getrennt nach Weiß-, Grün- und Braunglas bzw. Weiß- und Buntglas zu entsorgen. Die Verwertung erfolgt nach den Anforderungen des VerpackG.

Von der Erfassung über die Altglascontainer ausgeschlossen sind u.a. Porzellan, Keramik, Glühbirnen, LED-/Energiesparlampen, Spiegel, Flach- und Scheibenglas. Die Glascontainerstandorte werden über die Abfallkalender bekannt gegeben.

(2) Wie bei der Getrennthaltung der Bioabfälle in § 13 Abs. 5 und 6 hat die Stadt durch geeignete wiederkehrende Überprüfungen das Recht, Kontrollen bei der blauen Altpapiertonne und der gelben Wertstofftonne am Abfuhrtag durchzuführen bzw. geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der Getrenntsammlung zu treffen. Der Anschlusspflichtige hat diese Kontrollmaßnahmen ebenso zu dulden.

Weisen die bereitgestellten Abfallgefäße am Abfuhrtag einen zu hohen Fremdstoffanteil auf, werden diese nicht geleert. Der Anschlusspflichtige wird darüber in Form einer am Behälter befestigten Karte informiert. Wird der Behälter nicht entleert oder abgefahren, hat der Anschlusspflichtige die Blaue Tonne oder Wertstofftonne nachzusortieren und zur nächsten regelmäßigen Leerungstour ordnungsgemäß bereitzustellen. Der Anschlusspflichtige kann eine Einzel-Nachentleerung nicht geleerter oder nicht abgefahrener Behälter bei der Stadt beantragen. Bei ordnungsgemäßer Nachsortierung erfolgt eine Abholung gemäß Blauer Tonne oder Wertstofftonne. Für den Fall, dass eine Nachsortierung nicht erfolgt, als Restmüll. Für eine Einzel-Nachentleerung ist eine Gebühr gemäß Abfallgebührensatzung zu zahlen.

§ 15

Häufigkeit und Zeit der Leerung

(1) Die Abfuhr der Müllgroßbehälter für organische Abfälle (MGB grün) erfolgt 14-tägig; die Abfuhr der Müllgroßbehälter für den Restmüll (MGB grau), für Papier (MGB blau) und Wertstoffe (MGB gelb) wird im 4-wöchigen Rhythmus durchgeführt.

Abfuhrtage und Abfuhrzeiten werden von der Stadt bestimmt und u.a. per kommunalen Abfallkalender bekannt gemacht. Notwendig werdende Änderungen der regelmäßigen Abfuhrtage und Abfuhrzeiten werden ebenfalls von der Stadt bestimmt und rechtzeitig bekannt gemacht.

(2) Sperrmüll gemäß § 16 wird auf Anforderung außerhalb der regelmäßigen Abfuhr getrennt abgefahren.

(3) Die Entsorgung von Elektro-Großgeräten gemäß § 16 erfolgt auf Anforderung außerhalb der regelmäßigen Abfuhr.

(4) Elektro-Kleingeräte bis zu einer Größe von 40 cm werden gemäß § 16 in von der Stadt bekannt gegebenen Annahmestellen kostenlos entgegengenommen.

(5) Die Schadstoffsammlung gemäß § 17 wird zweimal jährlich per Schadstoffmobil durchgeführt. Die Annahmezeiten und ortsnahe Haltepunkte sind den Lokalmedien bzw. dem kommunalen Abfallkalender zu entnehmen.

(6) Die Müllgroßbehälter und Abfallsäcke dürfen frühestens am Abend vor dem jeweiligen Abfuhrtag so am straßenseitigen Gehwegrand – oder wo kein Gehweg vorhanden ist am grundstücksseitigen Straßenrand – aufgestellt werden, dass Verkehrsteilnehmer nicht geschädigt, gefährdet oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden.

Die Stadt kann bestimmen, dass die Abfallbehälter und -säcke in bestimmten Straßen in besonderer (einheitlicher) Position sowie ggfs. nur an einer Straßenseite aufzustellen sind.

(7) Die Abfallbehälter für Grundstücke, die nicht an öffentlichen Straßen liegen oder die an Straßen liegen,

- a. die wegen Fehlens ausreichender Wendemöglichkeiten für die Müllfahrzeuge nicht angefahren werden können bzw. dürfen,
- b. die für ein gefahrloses Miteinander der Straßenbenutzer und der Müllfahrzeuge keine ausreichende Breite haben,
- c. bei denen aus anderen Gründen nach Einschätzung der Stadt Gefährdungsumstände bestehen,

sind vom Anschlusspflichtigen zur nächstgelegenen Abfahrstelle zu bringen und zur Leerung bereitzustellen (siehe § 5 Abs. 3). Auch sind die Unfallverhütungsvorschriften des Gemeindeunfallversicherungsverbandes und der Berufsgenossenschaften zu beachten.

(8) Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter unverzüglich vom Anschlusspflichtigen von der Straße zu entfernen.

§ 16

Entsorgung von Sperrmüll und Elektro-Altgeräten

(1) Haushaltsabfälle, die wegen ihres Umfangs, ihres Gewichts oder ihrer Größe nicht in die zugelassenen Abfallbehälter eingefüllt werden können und die in haushaltsüblichen Mengen auf Grundstücken anfallen, die an die städtische Abfallentsorgung angeschlossen sind, werden auf Anforderung als Sperrmüll außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung getrennt abgefahren. Ein Anspruch besteht nur insoweit, als die sperrigen Abfälle durch eine Fahrzeugbesatzung von Hand verladen werden können.

Nicht zum Sperrmüll gehören u.a. Elektrogeräte, Ölradiatoren, mit Öl gefüllte Öfen, Nachtstromspeicherheizgeräte, Abfälle von Aus- und Umbaumaßnahmen, Autowracks und Autoteile, Gehölzschnitt.

Der Sperrmüll ist jeweils am Abfuhrtag am Fahrbahnrand zur Abfuhr bereitzustellen. Die Sperrmüllabfuhrkosten werden als Einzelabrechnung pro Anforderung für den jeweiligen Nutzer berechnet.

(2) Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Großgeräte) sind getrennt vom sonstigen Abfall, insbesondere Sperrmüll, gesondert zu entsorgen. Die Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Großgeräte), die in haushaltsüblichen Mengen auf Grundstücken anfallen, werden auf Anforderung von der Stadt außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung gesondert abgefahren. Die Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Großgeräte) sind jeweils am Abholtag am Fahrbahnrand zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abholtermine werden von der Stadt oder dem mit der Entsorgung beauftragten Entsorgungsunternehmen gesondert mitgeteilt bzw. bekannt gegeben.

Eine nicht abschließende Liste mit Elektro- und Elektronikgeräten, die unter die Kategorien des § 2 Absatz 1 des ElektroG fallen, sind in der Anlage 1 zum ElektroG aufgeführt. Von der kommunalen Annahme ausgeschlossen sind Elektroaltgeräte aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben.

(3) Elektrokleingeräte können gemäß § 15 Abs. 4 zu den von der Stadt bekanntgegebenen Sammelstellen für Kleingeräte gebracht werden (Bringsystem). Sie werden im Rahmen des Holsystems nur abgefahren, wenn sie als Beiladung zusammen mit einem Großgerät angemeldet werden.

(4) Alle ausgedienten Elektrogeräte (große und kleine) können auch zur Sammelstelle für Elektroaltgeräte beim Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb Kreis Paderborn (A.V.E.) in Paderborn-Elsen gebracht werden.

§ 17

Entsorgung von schadstoffhaltigen bzw. gefährlichen Abfällen

(1) Abfälle aus Haushaltungen, die wegen ihres Schadstoffgehaltes zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen (gefährliche Abfälle im Sinne des § 3 Abs. 4 und 5 KrWG, 9a KrWG sowie gemäß Anlage 1 dieser Satzung werden von der Stadt bei den von ihr betriebenen mobilen Schadstoffsammlungen angenommen. Dies gilt auch für Kleinmengen bis zu 40 l vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, soweit sie mit den in Satz 1 genannten Abfällen entsorgt werden können.

(2) Gefährliche Abfälle im Sinne des § 3 Abs. 4 und 5 KrWG, § 9a KrWG sowie gemäß Anlage 1 dieser Satzung dürfen nur zu den in der Stadt bekanntgegebenen Terminen an den Sammelfahrzeugen angeliefert werden. Die Standorte der Sammelfahrzeuge werden von der Stadt bekanntgegeben.

(3) Schadstoffhaltige Abfälle sind ausschließlich dem Annahmepersonal an den Sammelfahrzeugen zu übergeben. Das willkürliche bzw. unbeaufsichtigte Ablagern von schadstoffhaltigen Abfällen an den örtlichen Sammelstellen ist verboten und wird ordnungsrechtlich geahndet.

§ 18

Anmeldepflicht

(1) Der Grundstückseigentümer hat der Stadt die Anzahl und Größe der zur Entsorgung der anfallenden Abfälle erforderlichen Müllgroßbehälter (MGB) anzugeben. Fallen auf einem Grundstück erstmals Abfälle an, so hat der Grundstückseigentümer die Anmeldung zur Abfallbeseitigung unverzüglich vorzunehmen. Ein Wechsel des Behältervolumens (Umtausch) ist nur einmal jährlich möglich. In begründeten Einzelfällen kann die Stadt Ausnahmen zulassen.

(2) Wechselt der Grundstückseigentümer, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer verpflichtet, die Stadt unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 19

Auskunftspflicht, Betretungsrecht, Duldungspflicht

(1) Der Grundstückseigentümer, der Nutzungsberechtigte oder der Abfallbesitzer/ Abfallerzeuger sind verpflichtet, über § 18 hinaus alle für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(2) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind nach § 19 KrWG verpflichtet, das Aufstellen von Abfallgefäßen auf ihrem Grundstück sowie das Betreten des Grundstücks zum Zweck des Einsammelns und zur Überwachung des Getrennthaltens und der Verwertung von Abfällen gemäß §§ 13 und 14 zu dulden.

(3) Den Bediensteten und Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu Grundstücken zu gewähren, für die nach dieser Satzung Anschluss- und Benutzungszwang besteht.

Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen. Wird einer Anordnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Stadt berechtigt, die notwendigen Zwangsmittel nach den §§ 55 ff. des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.2003 in seiner jeweils gültigen Fassung anzuwenden, insbesondere die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussberechtigten durchzuführen oder von anderen durchführen zu lassen.

(4) Die Beauftragten haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.

(5) Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 Grundgesetz) wird insoweit durch § 19 KrWG eingeschränkt.

§ 20

Unterbrechung der Abfallentsorgung

(1) Unterbleibt die der Stadt obliegende Abfallentsorgung bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen oder Verspätungen infolge von höherer Gewalt (z.B. Unwetter/Sturm/Wintereinbruch), Betriebsstörungen, Streiks, betriebsnotwendigen Arbeiten oder behördlichen Verfügungen, werden die erforderlichen Maßnahmen so bald wie möglich nachgeholt.

(2) In Fällen des Absatzes 1 besteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz.

§ 21

Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung / Anfall der Abfälle / Eigentumsübergang

(1) Die gebührenpflichtige Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung beginnt, wenn dem anschluss- und benutzungspflichtigen Grundstückseigentümer ein oder mehrere Abfallgefäße zur Verfügung gestellt worden sind oder ein oder mehrere Abfallgefäße anderweitig vorhanden sind und diese zur Abfallüberlassung bereitgestellt werden und das an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossene Grundstück mit Abfallfahrzeugen zur Entleerung dieser Abfallbehältnisse angefahren wird.

(2) Abfälle gelten zum Einsammeln und Befördern als angefallen, wenn die Voraussetzungen des Abfallbegriffs gemäß § 3 Abs. 1 KrWG erstmals erfüllt sind.

(3) Die Abfälle gehen in das Eigentum der Stadt über, sobald sie in einem Sammelfahrzeug erfasst, in einen Depotcontainer verbracht oder bei einer Sammelstelle angenommen worden sind.

(4) Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.

(5) Unbefugten ist nicht gestattet, angefallene und zur Abholung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

§ 22

Abfallentsorgungsgebühren

Für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt und die sonstige Erfüllung abfallwirtschaftlicher Aufgaben durch die Stadt werden Abfallentsorgungsgebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung für die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt Delbrück erhoben.

§ 23

Andere Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher sowie alle sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigten. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

§ 24

Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 25

Ordnungswidrigkeiten

(1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er

- a) nach § 4 dieser Satzung ausgeschlossene Abfälle der Stadt zum Einsammeln oder Befördern überlässt;
- b) überlassungspflichtige Abfälle der Stadt nicht überlässt oder von der Stadt bestimmte Abfallbehälter und Abfallsäcke zum Einfüllen von Abfällen nicht benutzt und damit dem Anschluss- und Benutzungszwang in § 6 zuwider handelt;
- c) von der Stadt bestimmte Abfallbehälter und Abfallsäcke zum Einfüllen von Abfällen nicht benutzt (§ 10) oder Wertstoffe und Abfälle neben die Erfassungssysteme ablegt (§ 12 Abs. 2),
- d) als Grundstückseigentümer bzw. als anderer Berechtigter und Verpflichteter nicht dafür sorgt, dass die Abfallbehälter allen Hausbewohnern und sonstigen Grundstücksnutzern zugänglich sind (§ 12 Abs. 3),
- e) für bestimmte Abfälle vorgesehene Behälter oder Abfallsäcke entgegen § 13 und 14 dieser Satzung mit anderen Abfällen füllt;
- f) Depotcontainer außerhalb der zugelassenen Zeiten befüllt (§ 12 Abs. 11),
- g) den erstmaligen Anfall von Abfällen oder wesentliche Veränderungen des Abfalls gemäß § 18 dieser Satzung nicht unverzüglich anmeldet;
- h) den Anzeige- und Auskunftspflichten (§ 19) nicht nachkommt,
- i) anfallende Abfälle entgegen § 21 Abs. 5 dieser Satzung unbefugt durchsucht oder wegnimmt;

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 26

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Satzung tritt am 01. Januar 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Delbrück vom 14.12.1995, zuletzt geändert am 05.11.2015 außer Kraft.

Anlage 1 zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Delbrück

Folgende gefährliche Abfälle aus Haushaltungen, die gemäß § 17 wegen ihres Schadstoffgehaltes zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen, sowie Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, soweit sie mit den genannten Abfällen entsorgt werden können, dürfen zu den in der Stadt Delbrück bekannten Terminen an den Sammelfahrzeugen angeliefert und dem dortigen Fachpersonal übergeben werden:

Abfallschlüssel	Bezeichnung
13 02 05	nicht chlorierte Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle auf Mineralölbasis
15 01 10	Verpackungen, die Rückstände gefährlicher Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind (Spraydosen)
15 02 02	Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich Ölfiler a.n.g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind
16 05 07	gebrauchte anorganische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten
16 05 08	gebrauchte organische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten
20 01 13	Lösemittel
20 01 14	Säuren
20 01 15	Laugen
20 01 17	Fotochemikalien (Entwickler, Fixierer)
20 01 19	Pestizide
20 01 27	Farben, Druckfarben, Klebstoffe und Kunstharze, die gefährliche Stoffe enthalten
20 01 29	Reinigungsmittel, die gefährliche Stoffe enthalten

Die Entgegennahme größerer gefährlicher Abfallmengen muss mit dem *Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb Kreis Paderborn (A.V.E. Eigenbetrieb)* abgesprochen werden.

Anlage 2 zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Delbrück

Folgende Bioabfälle aus Haushalt und Garten sind von den übrigen Abfällen getrennt zu halten und in der von der Stadt Delbrück bereitgestellte grüne Tonne (Biotonne) zu entsorgen.

Küchenabfälle

- Gemüse-, Salat- und Brotreste
- verdorbene Nahrungsmittel, Backwaren
- Speisereste (roh, gekocht, verdorben) - in haushaltsüblichen Mengen -
- Eierschalen
- Milchprodukte (nicht flüssig)
- Kaffeefilter/Kaffeersatz
- Teebeutel/Teereste
- Nussschalen
- Obstschalen (auch von Südfrüchten – jedoch unbehandelt)
- Knochen, Gräten
- Küchenpapier gebraucht (Zewa etc.) z.B. verunreinigt mit Speisefett/-öl
- Papiertüten - nur für Vorsortiergefäße (Biomüll) möglich

Gartenabfälle

- Wurzeln
- Rasen-, Baum-, Strauch und Heckenschnitt
- Laub und Nadeln
- Baumrinde und Moos
- Fallobst (in Kleinmengen)
- Blumenerde/Wurzelballen
- Wildkräuter (Unkräuter)
- Blumen- u. Pflanzenreste
- Ernterückstände, von Gemüsebeeten

Sonstiges

- Haare, Federn etc.

- alle aufgeführten biogenen Abfälle in haushaltsüblichen Mengen